



## Das wollen die **Freien Wähler**:

# Programm für Deutschland

### **BÜRGER ERNST NEHMEN, WOHLSTAND SICHERN und ZUKUNFT GESTALTEN**

lauten die Slogans des auf der Bundesmitgliederversammlung der Bundesvereinigung der **Freien Wähler** am 11. Mai in Berlin verabschiedeten Wahlprogramms.

Die **Freien Wähler** sehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt ihrer Politik. Sie kümmern sich um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und sind entschlossen, Deutschland eine bessere und aussichtsreichere Zukunft zu ermöglichen. Sie treten zur Bundestagswahl an, um ohne Parteiideologie und ohne Lobbyisten auf den Leim zu kriechen, sachbezogene Politik im Interesse aller Menschen in Deutschland zu gestalten.

Die **Freien Wähler** sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung zum Wohle der Menschen übernehmen wollen. Sie wollen eine Bürgergesellschaft, die sich in Freiheit entfalten kann, in der der Zusammenhalt unter den Menschen wieder wächst und in der Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit gestärkt werden. Bewährtes soll erhalten und mit den Anforderungen an eine moderne Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereint werden. Der Mensch und dessen Wohl und nicht die Interessen von Konzernen muss endlich wieder politisches Handeln bestimmen. Aus einer starken kommunalen Verwurzelung wachsen die dazu notwendigen Erfahrungen.

Da das Wahlprogramm der **Freien Wähler** alle politischen Bereiche umfasst, kann hier nur auf wenige Schwerpunkte und nur stichpunktartig eingegangen werden. Das komplette Programm mit weiteren Informationen finden Sie unter

[fw-korbach.de](http://fw-korbach.de) (Menüpunkt Wahl 2013), unter [fw-hessen.de](http://fw-hessen.de) sowie unter [freiewaehler.eu](http://freiewaehler.eu). Hier einige ausgewählte Kernaussagen:

- **Wir wollen eine stabile Währung**
  - mit einer stärkeren Bankenregulierung,
  - mit einer Entflechtung der Banken
  - ohne Brüssel-Zugriff auf solide Regionalbanken (z. B. Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken),
  - ohne Banken- und Schuldenunion durch einen europaweiten Einlagensicherungsfonds,
  - zum Schutz unserer Ersparnisse und unserer Altersversorgung
  - mit der Option der Wiedereinführung eigener Währungen für Euro-Krisenländer (z.B. Drachme in Griechenland),
  - ohne fragwürdige Zwangsenteignungen europäischer Bürger, die hart für ihr Geld gearbeitet haben, durch Schuldenschnitte.

- **Wir wollen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung**

Energieversorgung ist nach unserem Verständnis eine zentrale und

*weiter auf Seite 2...*

### **Die Freien Wähler Korbach gratulieren...**

...der Kreisstadt **Korbach**, der am 18. Juni feierlich die Urkunde mit dem in Hessen einmaligen Titel **Hansestadt** überreicht wurde und

...dem Ortsteil **Helmscheid**, der am 17. und 18. August sein 1175-jähriges Bestehen feierte. Der kleine aber quirlige Ort wurde als **Helmonscede** bereits im Jahre 838 erstmals urkundlich erwähnt.



**Hubert Aiwanger**,  
Jahrgang 1971, ist seit Februar 2010  
Bundesvorsitzender **Freien Wähler**  
([www.hubert-aiwanger.de](http://www.hubert-aiwanger.de))



**Walter Öhlenschläger**,  
Jahrgang 1957, ist Spitzenkandidat  
der Landesliste und Vorsitzender  
der Freien Wähler Hessen.  
([www.walter-ohlenschlaeger.de](http://www.walter-ohlenschlaeger.de))



wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch der Umbau, der Ausbau und die Versorgung mit Energie sowie die Stromtrassen sind im Bürgerinteresse zu gestalten. Modelle zur Bürgerbeteiligung in Kooperation mit Stadtwerken sind auszuarbeiten und zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen Kompetenzen bündeln und ein Energieministerium einrichten. Energie ist die globale Zukunftsfrage schlechthin. Bürger sind bei der Energiewende mit einzubinden. Wir rütteln nicht am Atomausstieg. Überschussstrom aus erneuerbaren Energien muss zu vernünftigen Preisen speicherfähig gemacht werden. Wir benötigen eine regionale, dezentrale Energieversorgung mit Genossenschaftsmodellen ohne weitgehend marktbeherrschende Oligopolstrukturen. Wir wollen, wo es sinnvoll ist, eine Rückübertragung der Fernleitungstrassen in die öffentliche Hand. Der Staat muss sich Kompetenzen bei der Energieversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge zurückholen, wenn Private versagen. Grundbesitzer sind beim Leitungstrassenbau angemessen zu entschädigen und Kommunen

und Bürger an der Wertschöpfung der Energieerzeugung und des Netzausbaus zu beteiligen. Die Versorgungssicherheit muss endlich wieder gewährleistet werden. Städten und Stadtwerken ist der Aufbau von Reserven zu erlauben, um Stromschwankungen und Engpässe wie im Frühjahr 2012 zu vermeiden.

#### ○ Wir wollen ein Europa der Bürger und Regionen

Wir **Freien Wähler** gehen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an. Die Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik ist in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Dieser wollen wir als europäische Zivilmacht durch eine solide, friedliche und vor allem berechenbare Außenpolitik gerecht werden. Wir befürworten das deutsche Engagement in internationalen Organisationen, wie WTO, UNO und NATO, um globale Probleme durch kollektives Handeln sinnvoll lösen zu können.

Wir wollen ein Europa der Bürger und Regionen mit kultureller Vielfalt, Toleranz, Frieden und Wohlstand. Die Aufnahme neuer Länder in die EU darf erst erfolgen, wenn Europa

wieder stabil und aufnahmefähig ist.

Europa darf nicht zu einem alles regulierenden Superstaat werden. Individualität und Regionalität machen Europa stark und schützen vor Flächenbränden wie der Euro-Krise! Dazu gehören auch mehr Gestaltungsspielräume in der Agrarpolitik. Politische Entscheidungen sind daher auf der tiefstmöglichen Ebene zu treffen. EU-Budgets müssen endlich auf Innovation statt auf Dauersubventionen ausgerichtet werden.

**Fazit:** Wir sind bereit, die Zukunftsfragen der Bundesrepublik Deutschlands gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten. Nutzen Sie Ihre Chance und unterstützen Sie uns am 22. September mit Ihrer Stimme. Wählen Sie **FREIE WÄHLER**.



## Alleringhausen:

# Altmittel für neue Schränke

Die Feuerwehr Alleringhausen hat ein neues Zuhause. Die 18 Feuerwehrleute in unserem kleinsten Ortsteil Alleringhausen haben kräftig mit angepackt, um die alte Feuerwehrgarage in eine neue Unterstellmöglichkeit zu verwandeln. „Jetzt haben wir eine beheizte Garage und endlich einen Umkleideraum geschaffen“, so Wehrführer und Ortsvorsteher Gerhard Behle. Pfliffig, wie die Alleringhäuser nun einmal sind, wurden aus dem Erlös des Abrisses die neuen Spinde finanziert. Stadtbrandinspek-



tor Friedhelm Schmidt sprach sogar von einem „Stützpunkt“. Wenn das Verhältnis von Feuerwehrleuten zu Einwohnern in Korbach genau so sei wie in Alleringhausen, dann würde Korbach über ca. 4000 Einsatzkräfte verfügen, so Schmidt schmunzelnd weiter.

Als Überraschung des Abends gab es eine nicht alltägliche Ehrung: Willi Ney wurde für 65 jährige Mitgliedschaft unter dem Applaus der anwesenden Einwohner und Gäste geehrt.

Wenn Energie zum Luxusgut wird:

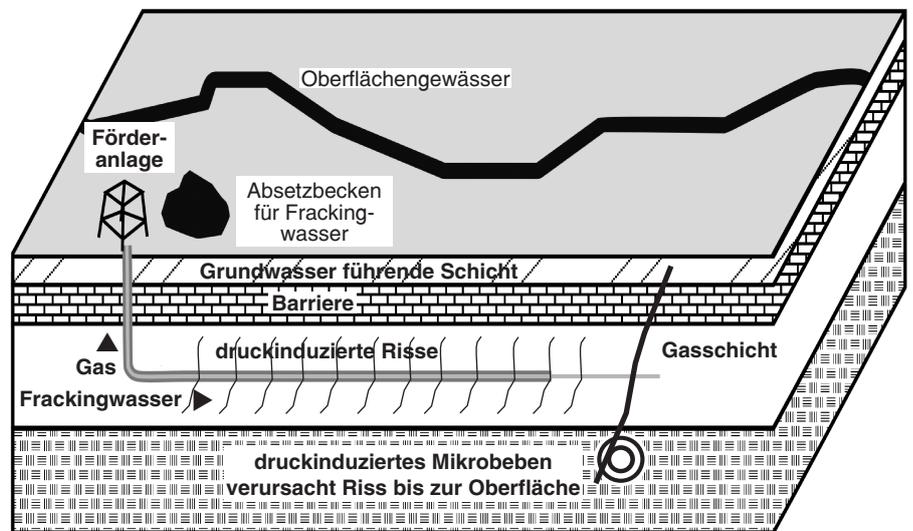
## Schafft Fracking Abhilfe???

Immer weiter steigende Rohstoffpreise bei Strom und Öl bzw. Gas, sorgen dafür, dass bestimmte Verfahren zur Gewinnung der Primärenergieträger rentabel wurden. Eines davon ist das Fracking. In Verbindung mit der rot-grünen Ökosteuern und der EEG-Umlage wird Energie so allmählich zum Luxusgut.

Als Fracking wird ein Verfahren bezeichnet, bei dem Gesteinsschichten durch Druck aufgebrochen werden, um das darin befindliche Öl oder Gas zu gewinnen. Dazu wird ein Wasser - Chemikaliengemisch in eine häufig mehrere hundert Meter tiefe Bohrung gepresst und der Druck solange erhöht, bis das Gestein Risse bekommt, die mit Hilfe von beigemischem Sand offen gehalten werden. In diese dringt das Gas bzw. Öl ein, welches dann gefördert werden kann. 20 bis 50% der Fracking-Flüssigkeit können anschließend zurück gepumpt werden, der Rest verbleibt im Boden. Die eigentliche Förderung erfolgt über mehrere weitere Bohrungen in die aufgebrochenen Bereiche.

Dass dieses Verfahren ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser, beinhaltet, wird deutlich, wenn man den eingesetzten Chemikaliencocktail näher betrachtet: Neben Bioziden wie Terpene, Isothiazolinone und Chlor-methylisothiazolinon werden auch Natriumbromat, Ammonium- und Natriumperoxodisulfat, Enzyme, Polyacrylamid, Fumarsäure, Ethylenglycolmonobutylether, Propanol, Ethylendiamintetraacetat und weitere Substanzen eingesetzt. Die genaue Rezeptur dieser wirklich „leckeren“ Mischung wird von den Explorationsfirmen geheim gehalten!

Sind die Bohrlöcher nicht dauerhaft vollständig abgedichtet oder entstehen durch induzierte Mini-Erdbeben Risse, z. B. entlang tektonischer Störungen bis in Grundwasser führende Schichten, ist das Ergebnis klar! Die verantwortlichen Firmen dürften dann bereits weiter gezogen oder pleite sein. Der nicht mehr zu reparierende Schaden bleibt an der regionalen Bevölkerung hängen.



Gefrackt wird derzeit (noch) vorwiegend in den USA. Die dadurch stark gesunkenen Gaspreise machen ein weiteres Fracking an sich unwirtschaftlich. Wenn dennoch weiter gefrackt wird und mit Macht ausländische Regionen erschlossen werden sollen, lohnt es sich, nach den Gründen dafür zu fragen. Einer der wesentlichen Gründe dürfte das amerikanische Rentensystem sein, bei dem der Beitragssatz nur 12,4% beträgt. Um die Rentenlücke zu schließen, werden Gelder in Pensionsfonds eingezahlt oder es wird direkt in Wertpapiere investiert. Pensionsfonds und Wertpapierbesitzer haben aber in der Vergangenheit massiv in Energieunternehmen wie z. B. BP, Shell oder Exxon investiert. Sinken deren Aktienkurse, sinken auch die Rentenbezüge von Millionen Amerikanern. Vor diesem Hintergrund sind auch grundlegende Änderungen im US-Umweltrecht zu erklären: im Juli 2005 wurde mit dem „Clean Energy Act“ die Öl- und Gasförderung in großen Tiefen von den Auflagen des Grundwasserschutzes ausgenommen. Insbesondere der Einsatz der giftigen Fracking-Chemikalien wurde dadurch erst möglich. Weiterhin änderte die US-Börsenaufsicht die Regeln zur Bewertung der Öl- und Gaskonzerne. Seit 2010 werden auch unkonventionelle Lagerstätten wie Ölsande, Tiefseeöl und Schiefergas als Reserven angerechnet und stabilisieren somit deren Börsenkurse. BP, mindestens mitverantwortlich für die große Ölka-

tastrophe im Golf von Mexiko, ist vermutlich deswegen auch mit einem blauen Auge davongekommen.

Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach etliche Anti-Fracking-Initiativen aus ganz Deutschland zum Erfahrungsaustausch getroffen. Dabei wurde die sogenannte „Korbacher Resolution“ gegen Fracking verabschiedet. Kernforderung sind:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger unabhängig davon, wie die Rissbildung erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässern.
- Eine Novellierung des Bergrechts.

Die **Freien Wähler** lehnen Fracking ab und haben - übrigens als erste politische Gruppierung überhaupt - ein vollständiges Verbot gefordert. Sie unterstützen somit die Forderungen der Anti-Fracking-Initiativen.

Ob wir uns gegen die geballte Macht und die massive Lobbyarbeit der Konzerne durchsetzen können, hängt nicht zuletzt auch von Ihrem Wahlverhalten am 22. September ab. Jedenfalls muss unser Wasser sauber bleiben!

**G8 - G9 - Neues Denken ist in der Bildungspolitik notwendig:**

## **Schulfrieden und individuelle Förderung**

Schon in der Antike war klar, was PISA & Co. noch einmal deutlich gemacht haben: Eine gute Bildung und Ausbildung ist von großer Bedeutung für den späteren Platz im Erwachsenenleben, für Individuen wie Gesellschaft gleichermaßen. Aber wie gelingt das bei möglichst vielen Kindern und Jugendlichen?

„**Schulfrieden**“ lautet eine Antwort. Aber bisher ist dieses Ziel nicht erreicht worden. Immer wieder, und nicht nur bei jeweils veränderter politischer Konstellation, wird an vielen Stellen zugleich korrigiert. Ob zum Besseren der Kinder und Jugendlichen, lässt sich auf Grund der schnellen Abfolge der jeweils danach wiederum vorgenommenen Korrekturen nicht einmal ablesen. Schulfrieden bedeutet in erster Linie In-Ruhe-lassen, Sich-entwickeln-lassen! Also: keine neuen Experimente, keine neuen Schulformen (oder -namen). Das gilt insbesondere auch für das „Turboabitur“ (G8). Dieses Experiment auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur am Widerstand der vieler Eltern gescheitert. Handwerklich mangelhaft von den Kultusministern vorbereitet, hat es Unsummen, etwa für neue Lehrmaterialien, verschlungen. Gelernt wurde, jedenfalls was die Kultusminister angeht, nichts, wie die am 7. Oktober 2009 von schwarz - grün beschlossene Schulreform in Hamburg zeigt!

Gestört war - und ist wohl immer noch - der Schulfrieden, als gegen den Willen von Eltern und Bevölkerung kleinerer Grundschulen im Kreisgebiet, wie z. B. die Astrid-Lindgren-Grundschule in Rhena (**Foto**), geschlossen wurden.

Große Schulkomplexe sind nicht ideal. Schulen vor Ort lassen Menschen und Schulen besser zusammenwachsen und, im mehrfachen Sinne des Wortes, einander näherkommen. Sie sparen tägliche Fahrtzeit, die an anderer Stelle sinnvoller, etwa als Lern- oder Freizeit genutzt werden kann. Eine halbe Stunde Fahrtzeit bedeutet eine ganze Stunde Zeitverbrauch pro Tag, fünf in der Woche, 200 im Schuljahr. Das wird unseren Jüngsten



in zunehmend respektlosem Maße zugemutet - sieht so „Rücksicht auf unsere Kinder“ aus? Die notwendige behutsame Unterstützung der sich Entwickelnden bleibt dabei auf der Strecke.

Die **Freien Wähler** haben sich auch aus diesen Gründen vehement gegen die Schließungen im Landkreis zur Wehr gesetzt, mussten sich aber der rot - grünen Mehrheit im Kreistag und den Schulplänen der schwarz - gelben Landesregierung letztendlich beugen.

„**Individuelle Begabungen fördern**“ lautet eine weitere Antwort. Akzeptieren wir doch endlich die Unterschiedlichkeit der Menschen, wie sie jeder von uns jeden Tag aufs Neue erlebt. Freude und Anerkennung für das, was jemand kann und gerne tut, aber nicht der ungeschriebene Druck und Zwang zu möglichst vielen Abiturienten oder Studenten zu produzieren sind zielführend. Denn zunächst einmal braucht der Mensch Essen und Trinken, ein Dach über dem Kopf. Mit anderen Worten: Zunächst einmal sind Landwirte und Handwerker lebens-

notwendig, nicht PC-Spezialisten, Ingenieure oder Professoren. Die brauchen wir auch, aber eben nicht nur, wie es derzeit den Anschein hat. Letztendlich sind es die individuellen Begabungen und Fertigkeiten in ihrer Gesamtheit, die unsere Gesellschaft am Leben erhalten. Wir brauchen für individuelle Menschen keine Einheitsschulen mit Einheitsklassen. Individuelle Begabungen fördern, das setzt vielmehr unterschiedliche Schulen als Angebot in erreichbarer Nähe voraus, auch im flächengrößten Landkreis Hessens.

Zwingend ist auch, den Lehrkräften nicht immer mehr Aufgaben aufzubürden, die sie allein aus Zeitgründen nicht bewältigen können. Bestimmte Aufgaben müssen beispielsweise von Sozialarbeitern und Schulpsychologen direkt vor Ort erledigt werden. Aber das kostet, ebenso wie der Erhalt kleiner Schulstandort, Geld...

### **Impressum:**

Der

**KORBACHER**  
*Hansestadt-EXPRESS*

erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben vom Vorstand der **Freien Wähler** Korbach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Kai Schumacher. Verantwortlich: Kai Schumacher, Maik Hartwig, Anschrift der Redaktion: Adolph-Varnhagen-Str. 1, 34497 Korbach, Auflage: 11.500 Exemplare, Druck: Sprenger Druck, Korbach



## Goldener Boden oder teures Pflaster?

# Korbach mit dunkelroten Zahlen

Viele Gemeinden in Hessen, so auch Korbach, sind tief in die Kreditfalle gerutscht. Wir gehören dabei noch nicht einmal zu den am schlimmsten verschuldeten Gemeinden. Trübe sieht es aber dennoch aus! Wir leiden massiv unter überproportional eingebrochenen Gewerbesteuerzahlungen des größten Korbacher Arbeitgebers. Besonders problematisch ist: Die Kommunen müssen zukünftig noch mehr soziale Hilfen leisten, ohne dass sie hierfür einen finanziellen Ausgleich erhalten. Ein Beispiel dafür sind die Kindergartenplätze für Kinder unter drei Jahren (U3). Die Zuschüsse allein für Kindergärten steigen damit, wenn keine Gebührenerhöhungen vorgenommen werden, auf über 7 (in Worten: sieben) Mio. Euro jährlich.

Richten sollen es neuerliche Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuern, die weitere Anhebung der sogenannten Bagatellsteuern in Verbindung mit Gebührensteigerungen auf breiter Front. Dieser gängigen Praxis sehen die **Freien Wähler** aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüber. Beispielsweise benachteiligt eine Erhöhung der Grundsteuer B die in unseren Ortsteilen lebenden Menschen massiv. Denn

deren Grundstücke sind im Regelfall weniger wert und gleichzeitig größer als die in der Kernstadt. Da sich die Grundsteuer B an der Fläche orientiert, sind sie überproportional von der Steuererhöhung betroffen. Die **Freien Wähler** sind weiterhin der Auffassung, dass, auch vor dem Hintergrund weiterer Steuererhöhungen, wie sie von rot - grün angekündigt worden sind, allmählich eine Belastungsgrenze erreicht ist. Das gilt auch für die heimischen Unternehmen. In Korbach darf aus goldenem Boden kein teures Pflaster werden!

Die **Freien Wähler** fordern den Verzicht auf jedwede fraglichen Projekte wie Bahnhöfe, Flugplätze, Drohnen oder anderen unnötigen Kokoloeres. Das Sparpotenzial ist, auch im Hinblick auf die Personaldecke, noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Besonders wichtig ist, dass die „große Politik“ in Wiesbaden und Berlin endlich dafür sorgt, dass die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die Kommunen zumindest halbwegs verlässliche und konstante Einnahmen generieren können und nicht von weiterhin mit den extremen Schwankungen bei den Gewerbesteuern zurecht kommen müssen.

Zeitpunkt nicht übernehmen. Auch das neue Finanzierungsmodell, das bis zu 3,5 Mio. Euro zum Ausgleich eines möglichen Defizites und 6,5 Mio. Euro für Investitionen in die Infrastruktur vorsieht, ändert nichts an der Tatsache, dass das wirtschaftliche Risiko einfach zu groß ist und vor dem Hintergrund drohender Steuererhöhungen der Bevölkerung nicht zu vermitteln sein dürfte. Warten wir es ab!

## Korbacher Spalte

Nicht zu Ende gedacht und der Bevölkerung vor dem Hintergrund drohender Steuererhöhungen nicht zu vermitteln erscheint den **Freien Wählern** auch der geplante Ausbau des Kalkturmes an der Frankenberger Landstrasse. Dieses Gesamtprojekt Korbacher Spalte soll ca. 770.000 Euro kosten. Davon soll die Stadt rund 350.000 Euro tragen.

„Natürlich erkennen wir die weltkulturelle Einmaligkeit der Spalte, und wissen auch um deren Bedeutung. Wir sehen aber im Augenblick keinen finanziellen Spielraum um das Projekt zu stemmen“, so der Vorsitzende der **Freien Wähler** Kai Schumacher. „An wen soll sich das Angebot überhaupt richten? Nur an Spezialisten und Fachleute, sprich: Wissenschaftler, Studenten und Forschende? Für normale Touristen ist das doch eher uninteressant. Wissenswert wäre es, auch zu erfahren, wie viele Besucher im Schnitt in den letzten Jahren an den Führungen teilgenommen haben. Wird sich deren Anzahl bei den exorbitanten Investitionskosten auch exorbitant steigern? Weitaus interessanter ist die Frage nach den Folgekosten für Personal, Bewirtschaftung, Pflege, Erhaltung etc. Die in der Vorlage geschätzten Kosten werden wohl bei weitem nicht ausreichend sein.“

Wir begeben uns in die Gefahr, wiederum eine Investition zu tätigen, die eine dauerhafte Subvention befürchten lässt. Zur Erhaltung des Kalkturmes und zur Darstellung des Geländes kann man sicher eine für unsere Finanzsituation angebrachtere und auch spätere Lösung finden“, so Schumacher weiter.

## Hessentag

Die Verschiebung der Bewerbung für den Hessentag auf das Jahr 2016 oder später stellt in keinem Fall eine Absage an die Absicht dar, wieder einmal einen Hessentag auszurichten. Die **Freien Wähler** hegen im Moment aber Zweifel daran, dass wir uns angesichts eines zu erwartenden Haushaltsdefizites in Höhe von ca. 7,5 Mio. Euro einen Hessentag überhaupt leisten können. Ein Hessentag beinhaltet immer das Risiko ein Minus in beträchtlicher Höhe zu erwirtschaften. Die Verantwortung dafür wollen die **Freien Wähler** zum jetzigen



**Es wird schon wieder gebaut:**

## **Erweiterung unserer Hessenklinik Korbach**

Die Leistungsstärke und der hohe Qualitätsstandard der Hessenklinik sind weit über die städtischen Grenzen hinaus bekannt. Umfangreiche Investitionen in einen Neubau, verbaut werden derzeit rund 19,8 Mio. Euro aus Landes- und städtischen Mitteln, werden die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das hohe medizinische Niveau weiter verbessern.

Das Stadtkrankenhaus Korbach ist schon jetzt ein modernes Krankenhaus der Akut- und Regelversorgung mit 228 Planbetten, zu dem diverse Tochtergesellschaften u. a. ein Altenheim gehören. In der Medizinischen Klinik, Chirurgischen Klinik, Gynäkologie und Geburtshilfe, Anästhesie und operativen Intensivmedizin sowie den Belegabteilungen für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Urologie werden jährlich rund 10.000 Patienten stationär und 16.500 Patienten ambulant behandelt.

Mit dem Beginn des dritten Bauabschnittes im April 2013 wurde das vorerst letzte Kapitel der baulichen Modernisierung der Hessenklinik begonnen. Im Erdgeschoss werden unter anderem eine hochmoderne Intensivstation und eine zentrale Intermediate Care-Einheit entstehen. Das ist eine Station, die der



Behandlung von Patienten dient, die nicht auf der normalen Intensivstation gepflegt werden müssen, aber für die Normalstation noch einen zu hohen Pflegebedarf haben. In den beiden Obergeschossen finden zwei weitere Pflegestationen und die neue Pflegeschule ihren Platz. Der Raum im Untergeschoss ist für ein neues Labor sowie eine Zentralküche vorgesehen. Der Anbau wird nicht nur mehr Platz schaffen, sondern auch für eine weitere Verbesserung von Logistik und Abläufen sorgen und somit helfen Kosten einzusparen.

Mit derzeit etwa 500 Mitarbeitern wird ein Jahresumsatz von ca. 28 Mio. Euro erzielt. Die finanzielle

Situation ist als gut zu bezeichnen, der Anbau ist ein weiterer Schritt in die Richtung Zukunftssicherung unseres kommunalen Hauses. Das Krankenhaus wird weiter zu einem kundenorientierten, innovativen Dienstleistungsunternehmen heranwachsen, das im Wettbewerb mit anderen Häusern gute Chancen auf Bestand haben wird.

An dieser Stelle möchte sich die **Freie Wähler** ganz herzlich bei Herrn Wolfgang Kluß bedanken, der in einer schwierigen Lage als Interimsgeschäftsführer die Leitung der Klinik übernommen hat und die Geschicke des Hauses in alt bewährter Weise souverän lenkt.

**Stadtsanierung:**

## **Am Güterbahnhof**

Richtig chic und der vielleicht schönste Kreisel Korbachs ist der „Neue“ an der Kreuzung Flechtdorfer Landstraße, Am Hauptbahnhof und Ermighäuser Weg. Richtig chic wird vielleicht auch das neue Wohn- und Geschäftshaus. Jedenfalls sind die Bauarbeiten in vollem Gange. Bereits im Oktober soll mit dem Innenausbau begonnen werden. Parallel dazu sollen noch in diesem Jahr die Außenanlage mit Parkplätzen weitgehend fertig gestellt werden, denn die beiden Hauptmieter Adler-Markt und dm-Drogeriemarkt haben das Weihnachtsgeschäft bereits fest im Blick.



## Stromversorgung im Februar 2012:

# Gerade nochmal davongekommen!

Stellen Sie sich vor, es kommt zu einem Black-Out, einem deutschlandweiten Stromausfall. „Das kann uns nicht passieren!“, werden Sie sagen. Leider haben Sie damit nicht ganz recht. Betrachtet man die Versorgungssituation zwischen dem 9. und 16. Februar 2012, ist festzustellen, dass wir gerade nochmal davongekommen sind. Uns **Freien Wählern** liegt es nebenbei fern Ängste zu schüren; sie sind immer ein schlechter Ratgeber!

Betrachten wir daher die Situation nüchtern auf Grundlage des Berichts der Bundesnetzagentur zum Winter 2011-2012, den Sie auch im Internet ([www.fw-korbach.de](http://www.fw-korbach.de)) finden.

Die Situation ist dann auch schnell erklärt: Es war kalt, richtig kalt! Und es war weitgehend windstill! Photovoltaik und Windkraft leisteten keinen nennenswerten Beitrag zur Stromversorgung. Etliche Kernkraftwerke waren und sind, politisch gewollt, abgeschaltet und lieferten keinen Strom. Gleichzeitig wurde das Erdgas knapp, da einerseits der Bedarf wegen der extremen Kälte sehr groß war und andererseits Lieferungen aus Russland, offensichtlich wegen großen Eigenbedarfs, hinter vereinbarten Mengen zurückblieben. Die Folge: unsere Gaskraftwerke konnten nicht mit voller Leistung betrieben werden, ohne die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden. Frankreich, ein Land, in dem in wesentlich größerem Maßstab als bei und elektrisch geheizt wird, fiel als Lieferant von Strom aus Kernkraftwerken auch weitgehend aus, da der erzeugte Strom wegen der großen Kälte dort selbst benötigt wurde. Kurz: es fehlten, insbesondere in den frühen Abendstunden, über 6 Gigawatt an Kraftwerksleistung. Besonders betroffen war der



*Freie Wähler zu Besuchen in der Biogasanlage Lelbach*

### **Stichwort: n-1 Sicherheit**

Als n-1 sicher wird die Versorgungslage bezeichnet, wenn von N Kraftwerken (z. B. n=50), die uns mit Strom versorgen, eines auf Grund eines technischen Defektes ausfallen kann, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

süddeutsche Raum. Der Norden konnte das Defizit nicht ausgleichen, obwohl Hochspannungstrassen mit 125% ihrer Nennkapazität betrieben wurden und wegen der niedrigen Temperaturen auch betrieben werden konnten. Ein teilweiser Ausgleich (rund 3,5 Gigawatt) konnte durch Aktivierung in- und ausländischer Notreserven, darunter ein stillgelegtes Ölkraftwerk in Österreich, erreicht werden. Die Bundesnetzagentur vermeldet weiterhin: die n-1 Sicherheit war zeitweise nicht mehr gegeben. Das heißt, jeder Ausfall eines größeren Kraftwerks oder einer der hoch belasteten Trassen hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Kollaps von zumindest Teilen des innerdeutschen Netzes geführt!!! Wenig Beachtung in der Bevölkerung fand die schnelle Reaktion von Versorgern und Netzbetreibern: Bereits wenige Wochen später wurde in Berlin ein Treffen mit Politikern anberaumt, bei dem über die prekäre Situation berichtet wurde.

**Fazit:** Erneuerbare Energiequellen, sieht man von Biogasanlagen einmal ab, taugen derzeit nicht für

eine sichere Versorgung. Bestimmte Wetterlagen, wie etwa im Februar 2012, führen das System schnell an seine Grenzen.

Wenn wir unsere Atomkraftwerke nicht weiter betreiben wollen, brauchen wir andere, zuverlässige Grundlastkraftwerke wie z.B. Kohle-, Öl-, Wasser- oder Gaskraftwerke. Die produzieren nicht nur CO<sub>2</sub>, wofür es ja ursprünglich ging, sondern müssen auch, wenn ausreichend alternative Energie zu Verfügung stehen, kostenträchtig vorgehalten werden. Kostenträchtig vorgehalten müssen auch Spitzenlastkraftwerke, wie etwa das Pumpspeicherwerk am Edersee. Wirklich benötigt wird es nur noch im Winterhalbjahr, da im Sommer Lastspitzen, etwa zur Mittagszeit oder in den frühen Abendstunden, häufig durch Photovoltaik abgedeckt werden. Die Kosten für das Vorhalten ruhender Anlagen wollen die Betreiber verstärkt an uns Kunden weitergeben, was für weiter explodierende Preise sorgen wird.

Gerettet haben uns übrigens ca. **7500 Biogasanlagen** mit ihren rund **3 Gigawatt** Leistung, die, dezentral über die Republik verteilt, als hochzuverlässige Grundlastkraftwerke ein kleiner, aber bei weitem nicht ausreichender Ersatz für die abgeschalteten Atomkraftwerke sind. Den Betreibern gilt dafür der besondere Dank der **Freien Wähler!**



## Bundes- und Landtagswahl am 22. September:

# Eulenspiegels Parteienvergleich

Lassen Sie uns den Parteienvergleich mit jener Partei beginnen, die in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen feiert, der SPD.

Die **SPD** hat, zusammen mit den Grünen und in der großen Koalition, seit 1998 ein ganzes Bündel von Gesetzen verabschiedet, die unser Leben nachhaltig beeinflussen.

Beginnen wir mit einer Reihe von Steuerreformen, die unter anderem zu einer **Senkung des Spitzensteuersatzes** auf 42% führten.

1999 wurde als neue Verbrauchssteuer eine **Stromsteuer** eingeführt. Eine Steuerermäßigung erhielten industrielle Großverbraucher, um ihre internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Parallel dazu wurde die **Mineralölsteuer** zwischen 1999 und 2003 in mehreren Schritten, um jeweils 6 Pf erhöht.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (**EEG**) sah im Jahr 2000 für Strom aus Windenergie einen Vergütungssatz zwischen 6,19 und 9,10 Cent/kWh vor. Für Strom aus Photovoltaikanlagen, die 2001 in Betrieb gingen, werden 50,6 Cent/kWh und für Anlagen, die 2002 in Betrieb gingen, 48,1 Cent/kWh vergütet. Die Einspeisung regenerativer Energien genießt dabei Vorrang.

Weiteres wesentliches Element der Gesetzgebung war die **Agenda 2010**. Ihr Kernstück, die sogenannten Hartz - Reform, beinhaltete tiefgreifende Systemveränderungen.

**Hartz I** (Leiharbeit, ab 1.1.2003) hob unter anderem das besondere Befristungsverbot, das Wiedereinstellungsverbot und die Beschränkung der Überlassungsdauer, auf höchstens zwei Jahre auf. Der im Gesetz verankerte Gleichstellungsgrundsatz besagte zwar, dass Leiharbeiter zu denselben Bedingungen beschäftigt werden müssen wie Stammarbeiter, konnte aber durch Tarifverträge mit abweichenden Regelungen einfach ausgehebelt werden.

**Hartz II** regelt (ab 1.4.2003) die geringfügige Beschäftigung (Minijob und Midijob). Danach gilt als geringfügig Beschäftigter, wer monatlich bis zu 400 Euro verdient. Der pau-

schale Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung beträgt 11% des Bruttolohnes, und der Arbeitgeber zahlt eine pauschale Steuer in Höhe von 2% des Bruttolohnes.

**Hartz IV** brachte die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die Bezugsdauer des lohnabhängigen Arbeitslosengeldes I aus der Arbeitslosenversicherung wurde auf 18 Monate begrenzt. Danach wird ALG II gezahlt, falls Antragsteller und bestimmte Angehörige nicht über ausreichend eigene Mittel verfügen.

Mit der **Rentenreform** 2007 wurde die Regelaltersgrenze schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Gleichzeitig wurde durch verschiedene Änderungen an der Rentenformel das Rentenniveau gesenkt. Es betrug im Jahre 2012 nur noch 49,6% und wird nach Vorausberechnungen im Jahre 2030 die Grenze von 43% erreichen. Weitere Absenkungen sind (derzeit) nicht geplant, eine Niveausicherungsklausel verbietet ein weiteres Absinken.

**Fazit:** Die Reformen der SPD haben zu rund 7 Mio. geringfügigen bzw. Zeit- und Leiharbeitsverhältnissen geführt. Ein Teil dieser Arbeitnehmer können, trotz Vollzeitjob, nicht von ihren Einkünften leben und müssen „aufstocken“, also Mittel vom Staat in Anspruch nehmen. Was ursprünglich Unternehmen zu einer flexiblen personellen Reaktion auf Schwankungen in der Auftragslage verhelfen sollte, ist inzwischen völlig aus dem Ruder gelaufen. Ganze Branchen arbeiten nur noch mit Zeit- und Leiharbeitern zu Dumpinglöhnen. Beiträge in die Sozialversicherungssysteme gehen verloren.

Aus der Sicht eines normal beschäftigten Vollzeitarbeiters, also der traditionellen SPD-Wählerschaft, stellt sich die Situation etwa so dar:

- Arbeiten bis 67,
- Sozialversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigten mitbezahlen,
- die Steuerlast für geringfügig Beschäftigte mitbezahlen,



- nach 45 Arbeitsjahren ein Rentenniveau von vielleicht 45% erhalten
- im Alter mit kaltem Hintern im Dunkeln sitzen, da die Energiepreise nicht zu bezahlen sind, während die Ersparnisse von Eurokrise, Staatsverschuldung und Banken aufgeessen wurden.

Die **Grünen** sind wie die SPD. Sie fordern lediglich bei der Energiewende noch stärker aufs Tempo zu drücken, fahren derzeit aber selbst keine der von ihnen favorisierten Elektroautos.

Die **CDU** ist wie die SPD. Sie gibt lediglich vor, nach der Wahl keine Steuererhöhungen zu wollen.

Die **FDP** ist wie die SPD. Allerdings will sie statt Steuererhöhungen weitere Steuersenkungen, nicht nur für Hoteliers, und scheut Mindestlöhne wie der Teufel das Weihwasser.

Die **Freien Wähler** sind anders als die SPD. Sie sind wählbar!

**Es gibt sie, die Alternative für Deutschland und für Hessen:**



**Wir müssen sie am 22. September nur wählen!**